

Bräuer-Beitrag.

Offizielles Organ aller organisirten Brauereiarbeiter.

Sämtliche Briefe sind zu adressiren an G. Bauer; — alle Geldsendungen sind zu richten an S. Ragerl; — Versammlungsberichte und alles die Zeitung Betreffende sind zu richten an F. Krieg, sämtlich in Hannover, Burgstraße 9, 1. Etage.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1277. Redaktion: F. Krieg, Hannover. Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mk., für das Ausland 2 Mark pro Quartal. Inserate kostet die sechsgepaaltene Zeile 20 Pfg.

Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Verlu, Christburgstraße 26. — Vorsitzender der Rechtschutz-Kommission: Seb. Laut, Frankfurt a. M., Quirinstraße 5, 3. Etage. — Vorsitzender der Preis-Kommission: K. Schäfer, Linden-Hannover, Markstraße 1, 2. Etage.

Nr. 34. Hannover, den 25. August 1899. 9. Jahrgang.

Kollegen, unterstützt die Ausgesperrten in Frankfurt!

Situationsbericht aus Frankfurt.

Im Laufe der vergangenen Woche wurden weiter eingestellt: bei Binding 1, im Essighaus 4, bei Stern 3, in der Röderberg-Brauerei 3, bei Henrich 1 und in den Vereinigten Brauereien 1; zusammen 13 Mann. Bleibt noch ein Bestand von 204 Ausgesperrten. In der Brauerei Binding wurden die früheren Jahrburschen als Hilfsarbeiter mit 20,50 Mk. eingestellt. Einer wurde wieder entlassen, weil er sich beim Braumeister erkundigte, ob die Ueberstunden bezahlt werden. — Man wird gut thun, sich solche Fälle zu merken, wo Arbeiter mit Entlassung bestraft werden, wenn sie sich nach etwas erkundigen, wozu sie ein ganz natürliches Recht haben.

Brauerei, Arbeiter und Unfallversicherung.

II.

Die Unfallgefahr in den Brauereibetrieben hat nach den Berichten der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft eine stetig steigende Tendenz. Die angemeldeten Unfälle mehren sich von Jahr zu Jahr absolut und relativ. Die Unfallgefahr steigt in noch größerem Maße, als die Unfallziffern ergaben, denn man muß doch annehmen, daß die Vorschriften zur Errichtung von Schutzvorrichtungen gegen Unfallgefahr mit der Länge der Zeit immer mehr befolgt werden, die Schutzvorrichtungen immer allgemeiner und vorschriftsmäßiger gemacht, diese immer wirksamer gegen die Unfallgefahr werden, zumal verschiedene Behörden mit der Ueberwachung zur Befolgung der Errichtung von Schutzvorrichtungen betraut sind: die Vertrauensleute der Berufsgenossenschaft, die Gewerbe- und Fabrikinspektoren und die Polizeibehörden. Wenn trotz alledem die Unfälle, wie zu erwarten stand, nicht abnehmen, sondern im Gegentheil immer mehr zunehmen, so müssen doch Ursachen hierfür vorhanden sein, die allen diesen auf die Verminderung der Unfallgefahr berechneten und für diesen Zweck getroffenen Einrichtungen nicht nur entgegenarbeiten, sondern diese ganz wirkungslos machen.

Wir können die Erklärung dieser Ursachen nicht darin finden, das die Gewissenhaftigkeit in der Anmeldung gestiegen ist, das hieße gleichzeitig, daß man es vorher mit der Anmeldung nicht so genau genommen hat. War dies früher der Fall, so ist es auch jetzt noch der Fall; ob in geringerem oder größerem Maße, läßt sich nicht feststellen, deshalb müssen wir uns an die uns gegebenen Zahlen halten, und diese beweisen, daß die unfallvermehrenden Ursachen stärker sind, größere Wirkung ausüben, als die zur Verminderung und Verhütung der Unfälle getroffenen Einrichtungen. Eine Verminderung bezw. Verschlechterung der Schutzvorrichtungen als eine der unfallvermehrenden Ursachen ist nicht gut anzunehmen, da sich in diesem Falle ja die Thätigkeit der Vertrauensleute der Berufsgenossenschaft, der Fabrik- und Gewerbeinspektoren und der Polizeibehörden in einer dem Zwecke ihres Daseins entgegenstehenden Richtung geltend machen würde; — folglich können die Ursachen der zunehmenden Unfälle nur in der Arbeits- und Betriebsart resp. in der Aenderung derselben und vielleicht zum geringen Theil im Arbeitspersonal und der Aenderung desselben selbst liegen.

Die Unfallgefahr in der Arbeits- und Betriebsart liegt in der langen Arbeitszeit und der intensiven Arbeitsleistung. Es ist anzunehmen, daß die Unfallgefahr, die in der langen Arbeitszeit ihre Ursache hat, stationär bleibt, da der Centralverband der Brauer und Berufsgenossen seit Jahren mit größtem Erfolg auf die Verkürzung der Arbeitszeit hinarbeitet und eine Verlängerung der schon an und für sich sehr langen Arbeitszeit an den Orten, wo unsere Organisation noch nicht besser eingreifen konnte, nicht gut möglich ist. Folglich bleibt als einzige Ursache der vermehrten Unfälle in der Aenderung der Arbeitsart: die zunehmende Intensivität der Arbeit. Die zunehmende Intensivität der Arbeit ist wiederum die Folge der Verminderung der Arbeitskräfte im Verhältnis zur Steigerung der Produktionsmenge, und diese wiederum eine Folge der großen Liebe des Unternehmertums zum klingenden

Gewinn, die in der zunehmenden Ausbeutung der Arbeiter und, Hand in Hand damit, in der zunehmenden wilden Konkurrenz und Unterbietung auf Kosten der Arbeiter ihre Befriedigung sucht und findet.

Auch die Aenderung des Arbeitspersonals unter gewissen Umständen ist wiederholt die Ursache der vermehrten Unfälle gewesen. Bei Streiks ist das Unternehmertum durchaus nicht wählerisch in der Annahme von Arbeitskräften, und thätlich sind die Unfälle bei solchen Gelegenheiten zahlreicher, als unter normalen Verhältnissen. In beiden in Betracht kommenden Fällen ist die Ursache der vermehrten Unfälle die Profitgier der Unternehmer, auf Kosten der Gesundheit oder des Lebens der Arbeiter.

Alljährlich meldet der Bericht über die Thätigkeit der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft über „die hochverdienstliche Wirksamkeit, welche die Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft unermüdet für das Wohl der arbeitenden Klassen entwickelt.“ — Im vorigen Jahre hat besagte Genossenschaft sogar eine öffentliche Belobigung vom Reichs-Versicherungsamt, gez. Goebel, erhalten. — Die absolute und relative Zunahme der Unfälle kann wohl kaum darunter verstanden werden, eher das Gegentheil, da die Berufsgenossenschaft nicht nur unfallentschädigende, sondern auch unfallverhütende, vorbeugende Instanz ist oder wenigstens sein soll, und als solche alle Ursache hätte, den Ursachen der Zunahme der Unfälle gründlich nachzuforschen und dieselben zu beseitigen.

Die Zunahme der Unfälle kann aber ebensowenig „zum Wohle der arbeitenden Klasse“ als die Folge einer „hochverdienstlichen Wirksamkeit“ sein. Diese „Wirksamkeit“ soll nun zwar nach den Berichten der Berufsgenossenschaften auf ganz anderem Gebiete liegen, und zwar in der Abnahme der entschädigungspflichtigen Unfälle, wahrscheinlich weil man glaubt oder glauben machen will, daß auch gleichzeitig die Unfälle leichtere geworden sind, und ferner, daß mit dem Verschwinden der Entschädigungspflicht dem „Wohle“ der betreffenden Arbeiter besonders gedient sei. Wir lassen hier zum besseren Verständnis die Zahlen der entschädigten Unfälle seit dem Jahre 1886 folgen und werden auch die Ursachen der Abnahme derselben angeben. Auf je 1000 versicherte Personen kamen

im Jahre	1886	1887	1888	1889	1890	1891	1892
entschädigte Unfälle	6,70	9,08	10,75	10,68	11,87	12,78	13,45
im Jahre	1893	1894	1895	1896	1897	1898	
entschädigte Unfälle	14,36	12,30	11,53	11,27	12,01	12,11	

Wie ersichtlich, stiegen die entschädigungspflichtigen Unfälle bis zum Jahre 1893. Von diesem Zeitpunkt ab wurde den Berufsgenossenschaften gesetzlich gestattet, das Heilverfahren während der Karenzzeit — während der ersten 13 Wochen — auf eigene Kosten zu übernehmen, und von der Zeit an vermindert sich die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle bis zum Jahre 1896, während 1897 und 1898 wieder eine Steigerung von 00,74 bezw. 00,10 pro Tausend versicherter Arbeiter aufweisen. In den Berichten der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft herrscht eitel Freude über die „Heilerfolge“; man rühmt, daß durch das übernommene Heilverfahren alljährlich ca. 200 Arbeiter mehr wie in der Vorperiode der vollen Erwerbsfähigkeit wieder zugeführt wurden. Die Freude gilt wohl zum Wenigsten den „geheilten“ Arbeitern, als den diesen entzogenen Renten, welche in der Genossenschaftskasse verbleiben, denn die durch Uebernahme des Heilverfahrens erzielten Ersparnisse an Renten bezw. an Kapitalwerth der letzteren wiegen die für das Heilverfahren aufgewandten Kosten bei Weitem auf, heißt es gleich hinterher.

Die Arbeiter betrachten demnach auch die „Heilerfolge“ mit ganz anderen Gefühlen; sie empfinden diese keineswegs als „Segen“, wie die Berufsgenossenschaft. Denn einmal ist ihnen mit der Erwerbsfähigkeit noch keineswegs die Erwerbsmöglichkeit gegeben, für sie hat man gesunden Ersatz gefunden; sie sind ihre Rente los, ohne daß sie einen „Erwerb“ haben oder erhalten und haben vielfach den „Segen“, zu hungern. Im Weiteren aber ist es ja bekannt,

wie die Erwerbsfähigkeit „hergestellt“, ärztlich „konstatirt“ und im Instanzenwege „bestätigt“ wird. Die Thätigkeit der Rentenquetschen, der „Vertrauens“-ärzte der Berufsgenossenschaften bildet eine geeinte Gewalttheilur zu dem Zwecke, die unfallverletzten Arbeiter unter allen Umständen „erwerbsfähig“ zu machen und — die Rente zu retten. Haben die Arbeiter dann in den Schiedsgerichten und im Reichs-Versicherungsamt nicht energische und der Aufgabe gewachsene Arbeitervertreter, dann ziehen sie bei der Fähigkeit der Berufsgenossenschaften in ihrem Bestreben, an Renten zu sparen, und der Hilfe ihrer Vertrauensärzte meistens den Kürzeren, wobei keineswegs feststeht, daß die als völlig erwerbsfähig Erklärten dies auch in der That sind, aber — die Rente ist gerettet.

Daß dieses System der Gewalttheilur sich immer mehr einbürgert und — bewährt, ist leicht erklärlich und für die Berufsgenossenschaft vorteilhaft, wohl kaum aber für den Arbeiter; trotzdem steigt die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle seit dem Jahre 1897 wieder und beweist mit der fortlaufenden Zunahme der Unfallmeldungen die steigende Unfallgefahr in Brauereibetrieben.

Wie das Geschäftsgefahren in der Beurteilung und Aburteilung der Unfälle resp. der verletzten Arbeiter bei der Berufsgenossenschaft, dem Schiedsgericht und Reichsversicherungsamt sich vollzieht, zeigen die Berichte hierüber von den Jahren 1896, 1897 und 1898 (von früheren Jahren sind wir nicht im Besitze derselben). Bei der Feststellung angemeldeter Schäden (Unfälle) wurden zurückgewiesen:

Im Jahre 1898	von 1624	542 = 33 Proz.
1897	1651	547 = 33
1896	1538	551 = 36

Unter den von Amts wegen erteilten Abänderungsbescheiden lauteten:

Im Jahre	von	auf Einstellung der Rente	auf Herabsetzung der Rente	auf Erhöhung der Rente
1898	1259	450	783	26
1897	1334	463	847	74
1896	1540	469	873	47

Von den auf Antrag der Verletzten erlassenen Bescheiden wurden

Im Jahre	von	zurückgewiesen	vollständig gegeben	theilweise stattgegeben
1898	114	56	38	20
1897	119	40	54	25
1896	107	49	37	21

Berufungen an die Schiedsgerichte wurden anhängig gemacht:

Im Jahre 1898	1182
1897	1116
1896	954

Davon wurden

zurückgezogen	durch Verurteilung erledigt	zu Gunsten des Klägers entschieden	zu Gunsten der Genossenschaft entschieden	in das neue Jahr übernommen
45	37	116 (20 Proz.)	659 (80 Proz.)	279
43	34	162 (23)	529 (77)	348
57	48	331 (22)	460 (78)	253

Rekurse Verletzter bezw. der Hinterbliebenen

Im Jahre 1898	281
1897	244
1896	189

Davon wurden entschieden:

Zu Gunsten des Klägers	zu Gunsten der Genossenschaft	durch Tod oder Ueberweisung an andere Genossenschaften	in das neue Jahr übernommen
44	132	4	101
52	102	7	83
45	88	15	41

An diesen Zahlen aus den Berichten ersieht man, daß die unfallverletzten Arbeiter bei der Verfolgung ihrer Ansprüche oder bei der Vertretung derselben in den meisten Fällen den Kürzeren ziehen und daß die Genossenschaft es vorzüglich versteht und Alles daran setzt, die entschädigungspflichtigen Unfälle auf eine geringe Zahl zu halten, die Renten zu kürzen und zu entziehen. Eine „hochverdienstliche Wirksamkeit“ ist dies wohl, doch beileibe nicht für das Wohl der arbeitenden Klassen. Kommt noch hinzu, daß die Entscheidung durch Einlegung von Berufung, resp. Rekurs-

Erhebung in allen irgendwie denkbaren Fällen seitens der Genossenschaft ungeheuer verzögert wird und sich öfter jahrelang hinzieht, bevor die Arbeiter zu ihrem Rechte und ihrer wüthigen Rente, bezw. die Hinterbliebenen zu ihrer Entschädigung kommen, wenn sie überhaupt dazu kommen; während dieser Zeit können sie aber verhungern, sterben und verderben. Die Arbeiter sind mit den Mitteln und Wegen zur Erlangung ihrer Rechte nicht so vertraut, deshalb stehen sie schon von vornherein im Nachtheil, wenn ihnen nicht kundige Rathgeber zur Seite stehen oder sie wegen Unkenntniß sich nicht an solche wenden. Es genügt, um dieses zu begreifen, die vorstehenden Tabellen zu studiren und die Zahlen zu vergleichen.

Den „Millionen“, welche die Unternehmer bezw. die Berufsgenossenschaft seit ihrem Bestehen an Entschädigungen und Renten für verletzte Arbeiter und für die Hinterbliebenen ausbezogen haben, die so besonders „segensreich“ gewirkt haben sollen, werden wir uns nachträglich zuwenden und vorerst die zunehmenden Unfälle, welche zur Anmeldung gekommen sind, einem Vergleich unterziehen und die Stukanwendung daraus ziehen.

Der Unternehmergewinn.

Bei einer Betrachtung dieses ausschlaggebenden Faktors in unserem ganzen Gesellschaftswesen ist es wohl nothwendig, kurz auf die menschliche Arbeit überhaupt einzugehen, da ja doch der Unternehmergewinn aus dieser resultirt. Die Arbeit, in jeglicher Form, erhält eben unser ganzes Leben und Treiben auf der Erde. Sie ist aber auch die Quelle allen Reichthums, nur daß an diesem in der heutigen Zeit nicht alle Menschen theilnehmen dürfen, indem durch die sich nach und nach vollzogene Entwicklung der Eigenthums-Verhältnisse die große Masse der Bevölkerung jedes größeren Besitzes, der nicht unbedingt zur nackten Lebensfristung gehört, bar ist. Das Eigenthumsrecht an Grund und Boden, Rohmaterialien, Arbeitsmitteln, überhaupt an allen zur Güter-Erzeugung und Dienstleistung erforderlichen Sachen ist eben mit der Länge der Zeit in die Hände einzelner weniger Personen übergegangen, die den Besitz nun auch zu ihren Gunsten verwerten wollen. Da die Volksmassen ohne Besitz sind, können sie auch keine mühsame Arbeit verrichten. Ohne Arbeit kann jedoch die Gesellschaft, die Menschheit nicht existiren. Die Besitzenden sind daher gezwungen, den Nichtbesitzenden Arbeitsgelegenheit und mit dieser Verdienst zu geben, wodurch letztere dann in der Lage sind, ihr Leben fristen zu können. Der Besitztlose muß eben, wenn er im heutigen Staate leben will, arbeiten und der Besitzende muß arbeiten lassen.

Für diese zu leistende Arbeit erhält nun aber der Arbeiter nicht etwa den vollen Ertrag seiner Arbeitstätigkeit, sondern er bekommt nur einen Theil des Ertrages von seiner Arbeit. Der anderen Theil streicht der Unternehmer als Gewinn aus seinem Besitz ein. Verschiedentlich bezeichnet man letzteren auch als Risiko-Prämie. In Wirklichkeit ist es aber doch ein Gewinn, eine Ausbeutung der Waare Arbeitskraft. Der Profit ist und bleibt doch nur ein Theil des Arbeitsertrages, der doch eigentlich dem zufallen müßte, der die Arbeit verrichtet hat, denn der Werth der Arbeit liegt doch nicht in dem todtten Material, sondern in der zu derselben verwendeten Arbeitszeit des Menschen. Deshalb sollte man diesem auch den wirklichen Ertrag seiner Arbeit nicht vorenthalten. Zur Zeit giebt man dem Arbeiter aber nur einen durch die jeweiligen Verhältnisse des Marktes bedingten Satz. Das ist das Arbeitseinkommen aus dem Arbeitsertrag, während der übrig bleibende Theil das mühsame Einkommen darstellt. Das letztere nimmt aber in vielen Betrieben des Brauerei-Gewerbes eine ziemlich hohe Position ein, nicht selten übersteigt es sogar die Arbeitslöhne. An Beweisen hierfür mangelt es wirklich nicht. Hat doch schon im Jahre 1891/92 das Köpenicker Brauhaus in Berlin für seine nächststehenden Aktionäre 64 Proz., für die Arbeiter aber nur 36 Proz. ausgegeben. Die Aktienbrauerei Friedrichshöhe in Berlin stand fast auf gleicher Stufe. Die Aktionäre bekamen da im gleichen Jahrgang 60 Proz. und die Arbeiter 40 Proz. Hieraus erhellt wohl zur Genüge, wie einträglich das Geschäft des Nichtsthumens ist, wenn man nur in der Auswahl seiner Eltern etwas vorzüglich gewesen ist.

Im Allgemeinen ist ja das Brauerei-Gewerbe noch ziemlich rentabel. Der Unternehmer-Gewinn hat hier noch ganz schöne Resultate aufzuweisen, wie dies sehr deutlich nachfolgende Tabelle zeigt, welche uns Aufschluß über den Dividendengenuß der Aktionäre giebt.

Name des Betriebes	Prozente pro 1896/97	1897/98
Carlshof-Brauerei, A.-G., vorm. Landt	11	9
St. Friedrichshöhe, vorm. Pöschel, Berlin	12	12
St. Michaelis, Berlin	5 1/2	5
St. A.-G., vorm. Nilsch, Berlin	7	4
St. Augustin, Berlin	7 1/2	4
Vertice, Unterbremeritz	7	4 1/2
Reichert, Köpenicker	10	10
Schulze, Köpenicker, A.-G., Berlin	16	15
St. Hubert bei Berlin	12	12 1/2
Schlösschen bei Schöneberg, Berlin	19	10 1/2
Schöneberg-Köpenicker	12	10
Königsberg-Brauerei, A.-G.	7	3
Brauerei Pöschel, Oberh. Köpenicker	5	5
Brauerei Köpenicker, A.-G., Schöneberg	7	6
Schöneberg-Brauerei, Köpenicker	8	8 1/2
Schöneberg-Brauerei, Köpenicker	0	10
Schöneberg-Brauerei, A.-G., Schöneberg	16	11
Reichert, Köpenicker	5	5
Carlshof-Brauerei, A. u. Köpenicker, Köpenicker	10	10

Demnach entfallen auf die hier angeführten Brauereien durchschnittlich auf 100 Mark Kapital im Jahre 8,4 und 8,1 Mk. Dividende. Die Herren Aktionäre betragen also auf je 100 Mk. ihres Kapitals 8,40 Mk. Gewinn ein, ohne dafür nur die Finger krumm zu machen. Das sind doch jedenfalls noch ganz nette Geschäfte, die da die Pächter der Faulheit und des Wohllebens machen. Nun könnte man aber vielleicht gegen die hier angeführte Tabelle anführen, daß sie unzuverlässig sei, indem die hier aufgezählten Betriebe willkürlich herausgegriffen seien und ein falsches Bild von den wirklichen Verhältnissen gegeben würde. Dem ist aber bei Weitem nicht so, denn die 55 im Kursettel der Berliner Börse geführten Brauerei-Aktien-Gesellschaften haben sogar eine durchschnittliche Dividende von 8,6 Prozent zu verzeichnen. Einige Brauereien figuriren selbst mit Sätzen von 24 Proz. (Kinden), 20 Proz. (Dortmund), 18 Proz. (Dortmunder Union) u. Im Jahre 1890/91 haben insgesamt 300 Brauerei-Aktien-Gesellschaften eine ähnliche Dividende aufzuweisen gehabt. Sie hatten bei 291 270 000 Mk. Aktienkapital einen Reingewinn von 20 918 957 Mk. Das macht in Prozenten 7,2. Auch das ist sicherlich noch eine annehmbare Nichtsthuers-Rente.

Das hier geschilderte System herrscht aber nicht bloß im Brauerei-Gewerbe, sondern in allen Gewerben. Der Gewinn aus dem Unternehmen ist die Seele des ganzen Berufslebens. Ueberall steht die Profitgier obenan. Dreimal wehe aber dem, der es wagt, dieses „geheiligte“ System anzutasten, der es wagt, den Arbeitern ein auskömmlicheres Dasein zu verschaffen und die Profitrate geschmälert wissen will. Ein solcher Mißthäter wird von Ort zu Ort gehetzt und der langsamen Auszehrung preisgegeben. Und doch haben gerade die Arbeiter in den Brauereien sehr stark unter dem Geldgier der Aktionäre zu leiden, denn da werden im Interesse des Kapitals die notwendigen Unfallverhütungs-Maßregeln und Vorschriften außer Acht gelassen und die Arbeiter der Gefahr des Berunglückens preisgegeben. Für die Unternehmer ist eben der Arbeiter nur ein blankes Ausbeutungsobjekt, das sofort durch ein neues ersetzt wird, so wie es aus irgend einem Anlaß zu Grunde geht. In der Brauerei-Berufsgenossenschaft sind ja denn auch Unfälle an der Tagesordnung und ihre Zahl ist eine der höchsten Ziffern unter allen Berufsgenossenschaften. An eine Besserung dieser Verhältnisse wird aber nur seltener gedacht. Erst kommt der Profit und dann nach verschiedenen anderen Dingen erst an letzter Stelle die Arbeitskraft des Menschen. Das ist geradezu unmenschlich und auch unchristlich. Hier sind die Hebel anzusetzen, um etwas für das Wohl des Arbeiterstandes zu schaffen. Da muß man aber auch dem Unternehmer-Gewinn zu nahe treten, und da sind unsere Faulenzer und Mammonsknechte am unnahbarsten. Hoffentlich haben sie es nie zu bereuen.

Wenn dann nun die Unternehmer, die Besitzenden, nichts für die Lohnsklaven thun, so müssen dann die Arbeiter eben selbst Hand an's Werk legen und gegen den Unternehmergewinn Front machen, denn der ist die Triebfeder des menschenunwürdigen Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Der arbeitslose Erwerb muß bekämpft werden, der Bezug von Kapitalgewinn muß aufhören, damit jeder Arbeiter einen größeren Antheil am Gesamtertrage der Arbeit erhält. Dann müßten natürlich alle die Herren, die heute vom mühelosen Erwerb leben, auch arbeiten und der Ertrag der Arbeit in seiner Gesamtheit würde so noch mehr gesteigert. Die Arbeiter haben nach dieser Richtung hin sicherlich nichts zu verlieren, aber auf alle Fälle viel zu gewinnen, deshalb haben sie wohl alle Ursache, sich diese lästigen Bedrücker und Auszuger vom Halbe zu schaffen. Der ursprüngliche Zustand, in welchem der Arbeiter den ganzen Ertrag seiner Arbeit genoss, muß wieder hergestellt werden, wenn unsere Gesellschaft wieder gesund soll.

Das geht nun aber keineswegs von heute auf morgen durchzuführen. Hierzu bedarf es vielmehr der regelmäßigen und organisatorischen Arbeit, um diesen Widersachern der Menschheit Stück für Stück ihre Privilegien wieder abzurufen. Hierzu sind in erster Linie die Gewerkschaften heranzuziehen, welche dafür sorgen sollen, daß schon zur Zeit der Unternehmergewinn geschmälert und der Arbeitsertrag den Arbeitern in einem höheren Theile ausbezahlt wird. Der Lohn des werththätigen Volkes und mit diesem auch seine Lebenshaltung muß ständig erhöht werden. Unter dem Proletariate muß aber auch die Erkenntniß wachsen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Banden des Kapitals nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann und dieses dann in letzter Linie auf politischem Gebiete erfolgt. Wenn der Unternehmergewinn also nicht bloß reduziert, sondern überhaupt beseitigt werden soll, so gilt es eben heute schon, diesem Ziele durch kräftige gewerkschaftliche und politische Organisationen zuzustreben und mit Hilfe politischer Rechte wirtschaftliche Vortheile zu erringen.

Korrespondenzen.

Vielefeld. Am Sonntag, den 6. August, fand die regelmäßige Kommissionsversammlung des Zweigvereins Vielefeld statt. Tagesordnung: Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder, Rapportbericht vom 2. Quartal, Wahl eines zweiten Schriftführers, Beschlüsse. In der Versammlung hatte sich gegen vor der Eröffnung der Sitzung Zarffs eingeschoben. Auf Antrag wurde von der Versammlung beschlossen, den letzten

Punkt der Tagesordnung zuerst zu verhandeln, damit Zarff sich vertheidigen könne, nachdem dem Vorstehenden von der Versammlung die Erlaubniß auf Befragen ertheilt wurde, den Zarffs anzuhören. Seine Vertheidigung war aber sehr wenig überzeugend, er konnte keine gegen ihn erhobene Anklage bestimmen zurückweisen, sondern die gegen ihn erhobenen Anklagen wurden von zwei Kollegen aufrecht erhalten. Nach kurzer Diskussion erfuhr der Vorstehende deshalb den Zarffs, das Lokal zu verlassen, mit dem Rath, sich bei unserem nächsten Verbandstage zu beschweren. Es blieb deshalb bei dem Ausklus. Hierauf wurde vom Vorstehenden der Aufruf der Frankfurter Kollegen verlesen und von denselben darauf hingewiesen, wie sehr eine solche Genossenschaftsbauerei von Nutzen für die Organisation wäre. Leider konnten wir keinen festen Beschluß fassen, da hier augenblicklich nur Kollegen arbeiten, welche finanziell nicht in der Lage sind, ein solches Unternehmen zu unterstützen. Es wurde deshalb beschlossen, die Angelegenheit in einer späteren Versammlung wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Zum Punkt Kassenbericht vom zweiten Quartal wurde dem Kassirer nach dem Bericht und nachdem von den Neuzugeworbenen die Richtigkeit desselben bestätigt war, Decharge ertheilt. Als zweiter Schriftführer wurde Kollege H. gewählt, um auch die Hilfsarbeiter mit in die Verwaltung hereinziehen. Um 6 Uhr erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Dresden. Eine am 8. August im „Cambrinus“ tagende, sehr gut besuchte Versammlung der Brauereiarbeiter besaßte sich mit der Stellung der Waldschlösschen-Brauerei zu den organisirten Brauereiarbeitern. Genosse Eimdermann gab zunächst eine ausführliche Darstellung über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. In Dresden begann im Jahre 1893 die Organisation der Brauer festen Fuß zu fassen. Aber auch gerade hier hatte sie von Anfang an die heftigsten Kämpfe mit den Unternehmern zu bestehen. In den ersten Wochen mußte sie den Maßregelungen der Maderberger Brauerei, welche identisch ist mit der Pilsener Brauerei, wo gegenwärtig wieder Differenzen bestehen, entgegenstreiten. Die eben erst organisirten Brauer wurden auf die Straße gesetzt. Dasselbe war der Fall bei einigen hiesigen Brauereien, wo jedoch auf dem Wege der gütlichen Verhandlungen die Streitigkeiten beigelegt wurden. Anders sah es auf dem Waldschlösschen aus. Wegen des im Jahre 1894 in Angriff genommenen Boykotts seitens der Dresdener Arbeiterklasse gegen diese Brauerei wegen der Verweigerung ihres Parkes zur Abhaltung der Mafseier warf die Direktion 26 organisirte Brauer auf das Pflaster, welche auch dann nicht wieder eingestellt wurden, als die Brauerei nachgeben und ihren Park den Arbeitern zur Verfügung stellen mußte. Doch herrschte eben vorläufig Ruhe, und die Organisation konnte später wieder in denselben Brauerei einige Fortschritte verzeichnen. Da mit einem Male schloß sich in diesem Frühjahr die organisirten Brauer unsicher; es griff die Meinung um sich, als wolle man wieder einen Vorstoß gegen sie unternehmen, weil einigen plötzlich aus ganz geringfügigen Anlässen gefühligt worden war. Als darauf eine Brauerkommission beim Direktor vorstellig wurde, um die Differenzen auf dem Verhandlungswege zu beseitigen, wurde sie einfach aus dem Zimmer des Direktors gewiesen. Es blieb ihr weiter nichts übrig, als sich an das hiesige Gewerkschaftsamt zu wenden, damit die Dresdener Arbeiterklasse wenigstens wisse, wie das freie Koalitionsrecht von der Waldschlösschen-Brauerei geachtet wird. Man beauftragte wiederum eine Kommission, welche aus verschiedenen Organisationen zusammengesetzt war, und zu welcher auch er (Redner) gehörte, nochmals zu versuchen, diese unangenehmen Dinge auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu beseitigen und den Arbeitern in dem Betriebe ihr Koalitionsrecht zu sichern. Diese Kommission wurde aber beim Herrn Direktor Bier gar nicht erst vorgelassen mit der Motivierung, daß „jedes seiner Worte falsch wiedergegeben oder verdreht werden könne“. Die Kommission war jedoch nicht der Meinung, sich so ohne Weiteres kaltstellen zu lassen und sandte folgenden eingeschriebenen Brief an den Herrn Direktor:

Sehr geehrter Herr Direktor!

Die unterzeichnete, von der organisirten Arbeiterschaft Dresdens ernannte Kommission bedauert zunächst, daß es ihr nicht möglich war, mit Ihnen am Montag, den 8. Mat, persönlich zu verhandeln. An ihr lag jedoch die Schuld nicht, da ihr bei dem Vorstelligwerden einfach erklärt wurde, daß der Herr Direktor sich auf keine Verhandlungen einlasse, weil sonst seine Worte, wie früher schon, falsch gedeutet werden könnten.

Wir nehmen deshalb unsere Zuflucht zur brieflichen Unterbreitung des Folgenden: Die hiesigen Brauer, welche seit dem Jahre 1892 eine große Organisation besitzen, haben sich bemüht, auch die in der Waldschlösschen-Brauerei beschäftigten Arbeiter für dieselbe zu gewinnen. Wenn dies jedoch nur in einem minimalen Umfang geschehen ist, so lag die Schuld an den eigenthümlichen Verhältnissen, die eben in der von Ihnen, Herr Direktor, geleiteten Brauerei herrschen. Viele dort beschäftigte organisirte Brauer sind der Meinung, daß seit dem Tage ihrer Zugehörigkeit zur Organisation ihnen Maßregelungen, die zum Theil in Entlassung ausarteten, nicht erspart blieben. Wir würden gern bereit sein, Ihnen einzelne Fälle aufzuführen und zu unterbreiten. Angesichts dieser Zustände war sich die unterzeichnete Kommission darüber einig, daß Ihnen, Herr Direktor, diese Dinge nicht bekannt seien, sonst würden Sie jedenfalls die Ihnen untergeordneten Beamten, welche den Arbeitern in dieser Weise ihr gesetzlich garantiertes Koalitionsrecht zu nichte machen, rekrutirt haben.

Die Kommission hatte, und hat auch jetzt noch den besten Willen, mit Ihnen, Herr Direktor, über diese Dinge zu sprechen und Ihnen den Wunsch zu unterbreiten, daß Sie Ihre Machtbefugnisse dahin geltend machen, daß

1. den auf der Waldschlösschen-Brauerei beschäftigten Arbeitern keine Nachteile erwachsen dadurch, daß sie Mitglieder des deutschen Brauereiarbeiter-Verbandes oder irgend einer anderen Organisation sind;
2. alle diejenigen Beamten, welche dennoch den Arbeitern wegen ihrer Zugehörigkeit zu diesen Organisationen Schwierigkeiten in den Weg legen, von Ihnen nachdrücklich auf diese Gesekwidrigkeit aufmerksam gemacht werden und Ihnen dies unterzagt wird.

Gleichzeitig fühlt sich die unterzeichnete Kommission veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß in anderen, ebenfalls großen Brauerei-Etablissements Dresdens und Umgegend auf dem Wege derartiger friedlicher Verhandlungen ganz gute Resultate erzielt worden sind, welche zu Gunsten der Arbeitgeber genau so wie zu Gunsten der Arbeitnehmer ausfielen. Warum sollte dies auch nicht bei den gegenwärtigen Verhältnissen in der von Ihnen, Herr Direktor, geleiteten Brauerei der Fall sein? Warum sollte es auch nicht möglich sein, den Frieden zwischen beiden Theilen herzustellen? Wir vertrauen auf Ihr durch mancherlei Dinge, z. B. als Gewerkschafts-Mitglieder, geschärfted sozialpolitisches Wissen und sind überzeugt, daß Sie Alles anzuwenden werden, den bei Ihnen beschäftigten Arbeitern zu ihrem gesetzlich gewährtesten Recht zu verhelfen und auf diese Weise dauernd das gute Einvernehmen herzustellen.

Wir bitten Sie, Herr Direktor, uns eine dementsprechende Mittheilung zugehen zu lassen, ob Sie gewillt sind, mit der unterzeichneten Kommission zu verhandeln, oder ob Sie diese unangenehmen Dinge in Ihrem Betriebe beseitigen wollen und zeichnen hochachtungsvoll ergebenst

(folgen drei Namen der Kommissionsmitglieder.)

Trotzdem dieser Brief doch anstandslos, da zum Ueberfluß auch eine Freimarke beilag, eine Antwort erforderte, wartet die Kommission bis heute auf eine Antwort vergebens. Doch

Sollen in letzter Zeit wieder neue Maßregelungen vorgekommen sein, welche den früheren gleichen. Der Redner forderte die Anwesenden auf, in der Debatte diese Maßregelungen zu besprechen, da ihm sicheres Material von den Vorständen der letzten Woche nicht zugegangen sei. Er schloß mit dem Wunsch, daß die Direktion noch zu der Ueberzeugung gelange, daß es besser sei, den Arbeitern ihr Koalitionsrecht zuzugestehen, als die große Masse der Konsumenten vor den Kopf zu stoßen. (Lebhafte Beifall.) Die Versammlung stellte das despotische Verhalten der Waldbischhohen-Brauerei noch in der sehr umfangreichen Debatte in das rechte Licht, worauf folgende Resolution einstimmig Annahme fand:

Die am 8. August im Lokale der Gambrius-Brauerei stattfindende Brauereiarbeiter-Versammlung beschließt, mit allen gesetzlichen Mitteln ihr Koalitionsrecht zu erhalten und zu behaupten und sieht in dem despotischen Vorgehen der Direktion der Waldbischhohen-Brauerei eine Nichtachtung sämtlicher organisirten Arbeiter. Sie erwartet, daß die Arbeiterschaft Sachsens darauf die richtige Antwort geben wird.

Sodann erstattete Brauer Winkler Bericht über den Frankfurter Streit, doch konnte er seine Ausführungen nicht zu Ende bringen, da der vorgezeichnete Zeit halber die Versammlung geschlossen werden mußte. Der Punkt wird in einer später fallenden Versammlung mit auf die Tagesordnung gesetzt.

Essen a. d. Ruhr. Am Sonntag, den 13. August, fand unsere Monatsversammlung statt. Zunächst begrüßte der Vorsitzende die anwesenden Mülheimer Kollegen im Namen der Zahlstelle auf's Herzlichste. Nachdem die Beiträge entrichtet waren und zwei Neuaufnahmen stattgefunden, wurde die Wahl des zweiten Vorsitzenden, eines Revisoren und zweier provisorischer Gewerkschaftsdelegirten vollzogen. Nachdem der Kassirer die Abrechnung vom letzten Quartal verlesen hatte, erfolgte Bericht-erstattung über die in Mülheim stattgefundene Gewerkschafts-Konferenz, welche sich hauptsächlich mit der Bildung eines Arbeiter-Sekretariats für das Ruhrgebiet beschäftigte, in sehr guter und ausführlicher Weise. Es wurde nun beschlossen, da zur Gründung eines solchen Geldmittel erforderlich sind, 5 Pf. per Kopf und Monat zu entrichten. Beachtenswerth war die Hebegeandtheit eines Mülheimer Kollegen, welcher sich vereinfachend zum Wort meldete und den Anwesenden die Nothwendigkeit zum Wort meldete und den Anwesenden die Nothwendigkeit und den Nutzen der Organisation klar und deutlich vor Augen führte. Auch heilige Kollegen ließen es sich nicht nehmen, das ihnen gegebene Talent fleißig in Anwendung zu bringen, weshalb die Debatte eine rege war und insbesondere auch verschiedene Mißstände zur Sprache gebracht wurden. Nachdem von den Mülheimer Kollegen, etwa 25 an der Zahl, eine Einladung, auch ihre Versammlung zu besuchen, erfolgt war, schloß der Vorsitzende mit einer kurzen Ansprache um 6 1/2 Uhr die außerordentlich gut besuchte Versammlung.

Frankfurt a. M. Wir werden um Aufnahme des nachstehenden Erlauchs: Die seinerzeit durch die Tagespresse angeforderte Gesellschaft zur Errichtung einer Genossenschaftsbrauerei ist nunmehr ins Leben getreten. Eine am Sonntag, den 13. August 1899 stattgefundene Besprechung, zu welcher sich eine stattliche Anzahl Interessenten eingefunden hatte, war mit dem Prospekt einverstanden und wünscht baldigst die Gründung einer Genossenschaftsbrauerei vornehmen zu können. Obgleich von verschiedenen Seiten die Zeichnung von Vollantheilsgeldern nicht möglich gemacht werden, und zwar durch ratenweise Abzahlung des Antheils, welche sogar auf Wunsch aus der Wohnung abgeholt wird. Antheilsgeldern werden in Höhe von 50 Mk. an auszugeben. Die eingezahlten Gelder werden zum Eintrag bei der Frankfurter Bank angelegt und haften zunächst die prov. Leitung dafür. Anmeldungen und Einzahlungen können vorerst jeden Sonnabend Abend v. 9-10 Uhr erfolgen und zwar in der Innenstadt im Erlanger Hof, Borsgasse 11, Westend bei J. Brand, Mittelstraße 111, Sachsenhausen bei G. Wierthelg, Große Mittelstraße 56, Borsgasse, H. Zahn, Frankfurterstraße 53, Borsgasse, Peter Ent, Schopenhauerstraße 6, wofelbst auch Statuten zu haben sind. Wenn die prov. Leitung sowie die Interessenten, welche die Gesellschaft gegründet haben, sich wohl bewußt sind, daß die Aufgabe, welche zu lösen ist, keine leichte sein wird, hoffen dieselben trotzdem gutes Gelingen, wenn die Beteiligte eine rege und zahlreiche sein wird. Siner demnächst stattfindenden Generalversammlung soll bereits ein zur Zeit bestehendes Projekt zwecks Errichtung einer Genossenschaftsbrauerei vorgelegt werden, die, wenn die nötigen Mittel bis dahin vorhanden, alsbald in Betrieb genommen werden soll. In die provisorische Leitung wurden gewählt G. Schmidt, G. Wetters, G. Verme, G. Wittich, G. Hüggamer. Alle Anfragen sind zu senden an G. Wittich, Mittelstraße 107, III.

Samburg. Am 19. August fand im Richter's Lokal am Mühlentempel für den Bezirk Winterhude eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung statt. Tagesordnung: Nutzen der Organisation; Diskussion. Zu Punkt 1 erhielt Kadack das Wort, welcher in kurzen Worten den Versammelten den Zweck und Nutzen der Organisation klarlegte und die noch fernstehenden Kollegen zum Eintritt in den Zentral-Verband der Brauer und Berufsgenossen aufforderte. In der Diskussion beteiligten sich Schod, Steger, Klaffen und Kadack. Klaffen sprach sich dahin aus, daß die Bierlutscher in den Verband der Transport- und Verkehrsarbeiter gehörten und forderte die anwesenden Kameraden, fest zum Transportarbeiter-Verband zu halten. Kadack hielt dieses aber für falsch, was er auch mit einigen Beispielen klarlegte. Darauf wurde folgende Resolution gegen 4 Stimmen angenommen: Die heute im Lokale des Herrn Richter tagende öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, sieht in dem Zentral-Verband der Brauer und Berufsgenossen den alleinigen Vertreter der Interessen jedes Brauereiarbeiters und verpflichtet sich, die der Organisation noch fernstehenden Kollegen und Berufsgenossen dahin aufzuklären, daß dieselben baldigst Mitglieder der Brauereiarbeiter-Organisation werden, da nur durch Vereinigung sämtlicher Brauereiarbeiter die Lage derselben verbessert werden kann. Eine Kellerversammlung zur Deckung der Tageskosten ergab 7,70 Mark.

Kaiserslautern. Am 13. August fand im Lokale Thomas' Gesellschaftshaus, Steinstr., eine öffentliche Brauer- und Küfer-Versammlung statt, welche aber leider nicht so gut besucht war, als wir sie gewünscht. Kollege Dieckhoff eröffnete dieselbe mit folgender Tagesordnung: Zweck und Nutzen der Organisation und wie notwendig es ist, daß sich die Kaiserslauterner Kollegen organisieren. Kollege Kraus aus Mannheim hatte das Referat übernommen und führte den Anwesenden vor Augen, daß die Verhältnisse in Kaiserslautern immer noch so schlecht seien, wie sie es vor 15 und 20 Jahren waren, da der Lohn immer noch 75-80 Pf. betrage und das Arbeitsverhältnis sich immer noch nicht bessern gelassen habe, die Löhne aufzubessern, wozu es doch Zeit und Mittel genug gehabt hätte. Im Gegentheil geht man darauf aus, das, was sich die Kollegen durch viele Mühe erkungen haben, ihnen wieder zu entziehen, und wenn sich ein Kollege rührt, wird er einfach auf das Pflaster geworfen. Ferner führte Kollege Kraus an, daß den Arbeitern nicht der geringste Schutz von der Polizei gewährt werde, die Unternehmer aber würden von allen Seiten unterstützt, um unsere Organisation zu schädigen und vernichten zu können. Demgegenüber müßten wir umso mehr bedacht sein, ruhig und mit Ueberlegung vorzugehen, um unsere Lebenslage zu verbessern, aber vor allen Dingen unausgesetzt daran arbeiten, unsere Organisation zu stärken und eine vollständige Einigkeit unter den heiligen Kollegen zu erzielen. Ein jeder Kollege müsse für Zuspätkommen neuer Mitglieder thätig sein. In der Diskussion wies Kollege B. nochmals auf die schlechten

Verhältnisse hier am Orte hin, betonend, wie man sich bei den niedrigen Löhnen mit Frau und Kindern so kümmerlich durchschlagen müsse. Da sich dann Niemand mehr zum Wort meldete, schloß Kollege Dieckhoff mit einem Hoch auf unsere Organisation die Versammlung.

Köln a. Rh. Am 13. August fand eine mächtig besuchte Versammlung statt. Im 1. Punkt der Tagesordnung ließen sich 2 Kollegen aufnehmen. Alsdann forderte der Versammlungsleiter G. Berger die Kollegen auf, dem so unerwartet schnell geforderten Kollegen Ulrich Bürgerhof die letzte Ehre durch Erheben von den Sätzen zu erweisen, welches auch geschah. Im 2. Punkt „Verschiedenes“ wurde Kollege W. Heisinger zum Schriftführer und Kollege Meier zum Gewerkschaftsdelegirten gewählt. Allgemein bedauert wurde, daß der Vertrauensmann vom Agitationskomitee Kollege H. Piskorsky sich seit einiger Zeit nicht mehr sehen läßt. Klagen gingen wiederholt ein über die Brauerei Schmitz in Müngersdorf, dort müssen noch ungemein schlechte Wohnungsverhältnisse sein. Zuletzt wurden Sammellisten ausgegeben zur Aufbringung der Kosten für einen Kranz für den genannten verstorbenen Kollegen.

Mülheim a. Rh. Am 1. August fand unsere letzte Mitglieder-Versammlung statt mit folgender Tagesordnung: Abrechnung vom letzten Quartal; Zahlung der Beiträge und Aufnahmen; Wahl eines 1. Vorsitzenden; Verschiedenes. Die vorgelegte Abrechnung vom letzten Quartal wurde von den Revisoren für richtig befunden. — Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege Busch, Brauererzig u. Ko., einstimmig gewählt. Unter Verschiedenes wurden die gegenwärtigen Verhältnisse in der Brauerei Erzig u. Ko. einer Kritik unterzogen. Da die dortigen Kollegen eine bescheidene Forderung eingereicht haben, erlaubt sich der junge Herr Erzig bei jeder Kleinigkeit die humanen Ansdrücke: „Halten Sie das Maul, sonst ist's gleich alle“, ich kann Sie nicht gebrauchen“ u. s. w. Der Oberburtsche kann auch den Mund weit genug aufmachen, um die Kollegen, welche die Forderung unterschrieben haben, aus dem Geschäft zu bringen. Nachdem der Versammlung Mitteilung von den Forderungen der Kollegen der Brauerei Erzig u. Ko. gemacht worden, welche die Versammlung für ganz bescheiden und gerecht hielt, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Wir ersuchen die Kollegen von Mülheim an dieser Stelle, die Versammlungen fleißig und vollständig zu besuchen und daß ein Jeder dazu beitragen möge, die Zahl der Mitglieder zu vermehren. Sollen hier bessere Verhältnisse eintreten, dann muß die Zahlstelle stärker, die Einigkeit größer werden. Erst die Einigkeit und dann Besserung.

Dogersheim. Wie wir bereits in No. 32 berichteten, hatte Herr Brauereibesitzer Mayer betreffs der Entlassung des Küfers Beder nicht Wort gehalten. Herr Mayer kam mit einem heiligen Maurermeister überein, daß dieser vordem, eine Käferei anzufangen; Beder wurde als Geselle eingestellt und Herr Mayer stellte dem neugeborenen Küfermeister Namens Wallerab sein ganzes Käfereiverkzeug zur Verfügung. Auch sämtliche Flächen befam dieser in Arbeit. Herr Wallerab schickte auch manchmal seinen Gesellen Beder zum Aushelfen in die Brauerei. Die Gewerkschaftskommission, welche von dem Stande der Sache benachrichtigt wurde, betrachtete dies als eine Umgehung des gegebenen Versprechens seitens des Herrn Mayer. Es wurde nun eine Volks-Versammlung einberufen mit der Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen der Organisation; 2. das Verhalten der Brauerei Gebr. Mayer und die Gewerkschaften. Der Referent, Kollege Kraus aus Mannheim, entledigte sich seines Pflichtenwortes in meisterhafter Weise und erntete am Schluß desselben stürmischen Beifall. Ueber Punkt 2 entwickelte sich eine lebhafte Debatte. Die Sache wurde genau erörtert und Herr Mayer u. A. vorgehalten, daß es jedenfalls aufrichtiger gewesen wäre, wenn er Beder wieder direkt beschäftigt hätte und nicht auf solchen Umwegen. Herr Mayer entschuldigte sich, er hätte das nur gethan, weil Beder verheiratet sei. Es wurde ihm bedeutet, daß es nicht unsere Sache sei, Jemanden das Brot zu nehmen, im Gegentheil; aber derjenige, der immer und auch mit Erfolg versuchte, seine Mitarbeiter brotlos zu machen, solle nun auch einmal versuchen, wie es ihm, auf der Landstraße zu hungern. Herr Mayer erklärte nun, daß er nach Verlauf von 14 Tagen keine Arbeit mehr an Herrn Wallerab abgeben würde. Eine dementsprechende zustimmende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Röhrbeck. Unsere Versammlung fand am 9. August, Abends 9 Uhr, im „Schäninger Hof“ statt. Tagesordnung: 1. Berlesen des Protokolls; 2. Wahl eines Vorsitzenden, Kassirers, Schriftführers, dreier Revisoren und zweier Delegirten zum Kartell; 3. Verschiedenes. Als Vorsitzender wurde gewählt H. Kemner, als Kassirer G. Binte, als Schriftführer G. Köchel, als Revisoren Jakob, Buschang und Bratich, als Delegirte zum Kartell Kemner und Linke. Unter Verschiedenes“ erwähnte der bisherige stellvertretende Vorsitzende, Kollege Lüders, die Mitglieder, fest und treu zusammen zu halten zum Nutzen unser Aller. Die nächste Versammlung wurde auf Sonntag, den 27. August, Nachmittags 3 Uhr, festgesetzt. Schluß der gutbesuchten Versammlung um 11 Uhr.

Reutlingen-Tübingen. Unsere am Sonntag, den 13. August, im „Gerberthor“ stattgefundene Generalversammlung war wohl in Folge des schönen, zu Spaziergängen sehr einladenden Wetters nicht so besucht, wie es in Anbetracht der Tagesordnung hätte sein sollen. Von Tübingen, Reutlingen, Tübingen und sogar von Wittenburg waren einige Kollegen erschienen, von Reutlingen jedoch hätte der Besuch besser sein können. Unter Anderem hatten wir die Wahl des Vorstandes auf der Tagesordnung und wurden folgende Kollegen nahezu einstimmig gewählt: Als Vorsitzender Boger, als Stellvertreter Heib, als Kassirer Bander, als Stellvertreter Schuler, als Schriftführer Binder, als Stellvertreter Höp, als Revisoren Knapp, Schmeißer und Fritz Reiz, ferner in die Gewerkschaftskommission Boger, Höp und Wöhner. Beim folgenden Punkt der Tagesordnung, Berichterstattung über unsere Eingabe an die Herren Prinzipale, wurde mitgeteilt, daß in einer Brauerei jedem Arbeiter pro Monat fünf Mark am Lohne zugelegt worden seien und daß alle Monate zweimal ausbezahlt werde. Es ist dieses die Brauerei von Herrn A. Sibir, und hat derselbe dieses ohne Weiteres genehmigt. Mit den anderen Brauereien sind noch Unterhandlungen im Gange und hoffen wir, auch da Verbesserungen in den Lohnverhältnissen zu erringen. Letzteres kann jedoch nur nachhaling erreicht werden, wenn auch noch der letzte Brauereiarbeiter in den Verband eintritt, und hätte jeder Organist dafür zu sorgen, daß alle neu in einen Betrieb Eintretenden sich uns anschließen. Was die Lokalfrage anbetrifft, so soll vorerst noch von einer Veränderung abgesehen und aus gewissen Gründen noch abgewartet werden. Unter Verschiedenes“ kam noch eine persönliche Angelegenheit gegen einen nicht anwesenden Kollegen, welcher, wie es scheint, sich ein Vergügen daraus macht, über einige leitende Personen hinten herum zu schimpfen, zur Sprache, und fordern wir Kollegen D. hiermit auf, in nächster Versammlung zu erscheinen, damit untersucht werden kann, was Wahres an der Sache ist. Die Kollegen aber von hier, Tübingen und Umgebung bitten wir, die Versammlungen möglichst zahlreich zu besuchen, damit wir auch hier überall bessere Zustände bringen.

Brüssel. In der Brasserie Vandenbovel sind noch die schlimmsten Zustände; es kommt uns gerade vor, als wenn die Menschen zum Vieh gerechnet werden. Seit 6 Wochen haben schon ca. 60 Burden hier gearbeitet, welche alle meistens durch telegraphische Benachrichtigung engagirt worden sind. Sonntagstruhe scheint der Herr Braumeister hier im Auslande nicht zu kennen. Trotz der Schneidigkeit der Herren Brauführer Blamenheim und Oberburtschen Reimer, vulgo Grobian, läßt die Heiligkeit sehr zu wünschen übrig. Doch ist das nicht

unser Sache, das Geschäft zu korrigieren, sondern bloß oben genannte Herren in das richtige Licht zu stellen, obwohl dem Herrn Reimer der Kopf bereits fast jede Woche gewaschen wird, wobei er jedesmal um Hilfe ruft. Was damit gemeint ist, kann sich ein Jeder denken. Strauige Beschwerden von Seiten der Kollegen beim Braumeister sind erfolglos und wird infolge dessen viel darüber gesprochen. Jetzt im Sommer, wo es stramm geht, werden Burden eingestellt, zum Herbst aber sind nur 1 Burden und ca. 10 Arbeiter im Keller beschäftigt. Wir geben den Kollegen von Vandenbovel den guten Rath, sich zu ermannen und der Treiberei des Herrn Reimer ein Ende zu machen, sowie auch bessere Behandlung zu verlangen.

Singefandt.

Nordhausen. Wir haben schon öfter Veranlassung nehmen müssen, die erbärmlichen Zustände in den heiligen Brauereien im Allgemeinen, sowie auch die unerhörte Behandlungsweise und kaum glaublichen Titulationen der Herren Oberburtschen von den beiden Abtheilungen der Nordhäuser Aktien-Brauerei Spangenberg und Förstemann öffentlich zu erörtern. Die Leute müssen von 4 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends arbeiten und noch Titulationen einstecken wie: Du Stier, Du Ochse, Du Hindvieh u. s. m., auch Schläge werden ihnen angeboten. Der Wechsel von Leuten ist sehr groß und Herr Braumeister Gerde von der Abtheilung Spangenberg scheint eine große Befriedigung darin zu finden, wenn ihn bei der Entlassung der Leute, namentlich Verbandsmitglieder, die Oberburtschen Wangemann und Probst tüchtig schuldigen, wenn auch, und besonders dem Beteren, so n a l l e s zu einem Oberburtschen fehlt. Schimpfen, Antreiben und Depeschenträger müssen wohl die einzigen „Eigenschaften“ sein, welche zur Velleidung eines Vorderpostens als notwendig angesehen werden. Probst soll auch sehr an Kleptomane leiden — von der auch die Zeitung der Brauerei Kenntnis haben soll — weshalb er sich schon zweimal das Leben hat nehmen wollen und irgenbwo heruntergesprungen ist, aber mit einem blauen Auge und einem verrenkten Arm wieder davon gekommen ist. Wir können nicht glauben, daß der Brauereileitung diese beiden Herren gerade deshalb so lieb und werth sind, oder fühlte sie sich durch die Antreiberei, welche die Herren Oberburtschen besonders gut verstehen, für die anderweite Schädlichkeit entschuldigend? Jedenfalls ist das Maß voll zum Ueberlaufen und wird man die Betriebsleitung, wenn nicht bald andere Zustände eintreten, für das Treiben der Oberburtschen und für diese Mißwirtschaftlich verantwortlich machen.

Wochenschau.

— Ein Fabrikanturtheil über Arbeitswillige. Der „Hilfe“, dem national-sozialen Organ, sendet ein Freund aus Sachsen, der selbst lange Zeit an der Spitze eines größeren industriellen Unternehmens gestanden, einen Aufsatz, in welchem sich folgende Schilderung befindet: „Zweifelsohne sind die „Arbeitswilligen“ für die Unternehmer und die Regierung die bequemeren Elemente; die national werthvolleren, die wirtschaftlich tüchtigeren Branchen sie deshalb noch nicht zu sein. Sehr viele Unternehmer geben ohne Umschweife zu, daß „leider ihre besten Arbeiter roth wären“. Die gebrocheneren oder schwachen Naturen fügen sich. Die intelligenteren, willensstärkeren neigen naturgemäß dazu, „Ansprüche zu machen“. Und diese Anspruchsvoollen sind nicht nur junge Heißsporne, die ihren Lohn am liebsten im Wirthshaus anlegen, sondern vielfach Männer, die für sich und ihre zahlreiche Familie ordentliche Kost und eine gemüthliche Wohnung verlangen. Mögen auch die Ansprüche mitunter über das jeweils Erreichbare hinausgehen, vor frivolon Streiks hüten sich heute die Gewerkschaften, und gerade die Führer derselben sind es, die beschwichtigend wirken, während Neulinge zu Unbesonnenheiten drängen. . . . Auf der Höhe des Standard of Life beruht die Kraft der Nation, daher sollten einsichtige Berather der Regierung daran denken, das gewährte Koalitionsrecht, nicht das „Arbeitsverhältnis“, zu schützen, denn ersteres ist eben das Mittel, vermöge dessen der Arbeiter seine Lebenshaltung verbessern kann. Die Herabdrückung der Kaufkraft unserer Arbeiter durch Verschlechterung ihrer Einnahmen kann auch unseren Fabrikanten und Handwerkern nicht gleichgültig sein. Ja, wir sind überzeugt, daß weite Kreise der Unternehmerschaft über den ihnen in Aussicht gestellten Schutz höchst peinlich berührt sind, denn so erschrocken ist der ritterliche Sinn bei den meisten unserer Arbeitgeber gottlob nicht, daß sie die Arbeiter im Kampf um's Dasein festeln möchten. Unbequem, anspruchsvoll und empfindlich in der Behandlung mag freilich der „organisirte“ Arbeiter manchmal sein, aber er ist offen und ehrlich, er leistet auch etwas und man weiß, woran man mit ihm ist. Der im Gebrauch seiner Rechte eingeschnürte Arbeiter, dem Reich und Chef nur mit Mißtrauen begegnen können, wird durch den auf ihn lastenden Druck heimtückisch, dumpf und unzuverlässig. Die Symptome der Unzufriedenheit kann das Geseß unterdrücken, die Unzufriedenheit wird desto üppiger im Verborgenen wuchern. Die Anlage wegen allerhand Ausschreitungen vor Amts wegen wird nur ein demoralisirendes Angeberthum züchten, wie es manche Majestätsbeleidigungsprozesse bereits darthun. Gaf und Mißtrauen würden in der allerschlimmsten Weise die Beziehungen zwischen den Arbeitern untereinander und gegenüber den Unternehmern zermathlen. Und dies ist nicht der Wunsch unserer Unternehmer im Allgemeinen. . . Das freie Volk freut sich intensiver seines Lebens; es leistet mehr, es konsumirt mehr und auf dem flotten Stoffwechsel beruht auch die Gesundheit des Volkslebens. Hier kommt wieder die Interessenharmonie der Arbeiter- und Unternehmerschaft zur Geltung. Gerade so wenig wie eine weitschauende Regierung die verelendete Hausindustrie und das verhungernde Handwerk „schützen“ will, darf sie diejenigen Kreise unserer Arbeiterschaft besonders schützen, die keinen Groschen für einen Berufsverein übrig haben. . . Als in Sachsen der Wahlrechtsumsturz eingeleitet wurde, protestirte eine Schaar Männer, unter denen sich viele Großindustrielle befanden, laut gegen diesen politischen Mißgriff; ebenso möchten auch heute wieder billig denkende Unternehmer zusammentreten, um ihrer Ueberzeugung Ausdruck zu

verleihen, daß sie als die Folge des gut gemeinten, aber doch verkehrten Gesehntwurfs nicht einen "Schub", sondern eine Verschlimmerung des Arbeitsverhältnisses erblicken!

Die Bezeichnung "Streitbrecher" ist keine Beleidigung. So entschied das Schöffengericht in Lelze bei Bremerhaven.

Die Berufsvereinigungen haben aus dem Reichsversicherungsamt folgende, die schnellste Erledigung der Geschäfte befürwortende Verfügung erhalten: Es ist wahrgenommen worden, daß bei mehreren Berufsvereinigungen die Sitte herrscht, in Unfallrentenfällen den Rekurs einzulegen, ohne ihn zu begründen, die Begründung vielmehr erst nach geraumer Zeit mit den Akten nachfolgen zu lassen. Es liegt auf der Hand, daß die Geflogenheit, für welche sich in den Unfallversicherungsgelegen und in der kaiserl. Verordnung vom 5. August 1885 keine Grundlage findet, geeignet ist, eine erhebliche Verzögerung des Rekursverfahrens herbeizuführen. Die Berufsvereinigungen werden deshalb ersucht, in Zukunft von dieser Maßnahme abzusehen oder sie doch nur ganz ausnahmsweise — in Nothfällen — zur Anwendung zu bringen, also möglichst zugleich mit der Einlegung des Rekurses die Begründung des Rechtsmittels und die dazugehörigen Akten einzureichen. Da sich in den ersten Instanzen ausreichend Gelegenheit bietet, die streitigen Fälle in tatsächlicher Hinsicht völlig aufzuklären, so wird sich die Anführung neuer Thatsachen in der Rekursinstanz in der Regel vermeiden oder doch so einschränken lassen, daß die für die Rekursseinlegung wesentlichen neuen Anführungen innerhalb der Rekursfrist gemacht werden können. Wenn man bedenkt, so bemerkt die Berliner Volkszeitung, dazu, daß bei dem bisherigen System nicht selten Jahre verstrichen, bis der zum Bezug einer Unfallrente Berechtigte definitive Bescheid über seine Ansprüche erhielt, so wird man die Bedeutung der Verfügung verstehen. Auch im Versicherungsamt hat der Präsident, wie wir hören, die Beamten angewiesen, alle einlaufenden Rekurse in kürzester Frist — wenn wir nicht irren, sind zwei Monate als Maximalgrenze angegeben — zu erledigen.

Das am 1. Januar in Kraft tretende revidirte Invaliden-Versicherungsgesetz bedingt die Vornahme neuer Wahlen der Vertreter der Unternehmer und Versicherter, welche noch in diesem Jahre stattfinden müssen. Diese Vertreter sind zuzuziehen, wenn die untere Verwaltungsbehörde zu der Meinung kommt, daß eine beantragte oder laufende Rente nicht zu gewähren bzw. zu entziehen ist. Die Wahlen sind von den Vorständen der Zwangsclassen und gewisser kleinerer Hilfsclassen vorzunehmen.

Zur Zeit des Streiks in Frankfurt a. M. soll der zweimonatige Jahre alte Sohn des J. B. L. gegen einige Arbeiter, die sich dem Streik nicht angeschlossen, beleidigende Auswüthungen getrieben haben. Er und Andere standen am 17. April "Streitposten" an der Darmstädter Landstraße. Der Angeklagte wurde vom Schöffengericht nach §. 152 der Gewerbeordnung zu vierzehn Tagen Gefängniß verurtheilt, wogegen beiderseitig Berufung eingelegt wurde. Staatsanwalt Dr. Smetz beantragte einen Monat Gefängniß, der Verteidiger, Dr. M. Joseph, Freisprechung. Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

Der Generalsekretär und bezahlte Agitator des Verbands der Metallindustriellen Rheinlands und Westfalens, Bredt, gab der Denk- und Handlungsweise der herrschenden Klassen einmüthig in folgenden Worten Ausdruck, indem er in feiner Kritik des "Neuen Anker" mit blutigem Eynismus schrieb: "Einer schrecklichen Zukunft gehen wir entgegen, wenn nicht bald andere Wege eingeschlagen werden und dem Arbeiter deutlich gemacht wird, daß er als Mensch geboren, auch als solcher sein Leben zu verbringen hat. Das, was er sich einbildet, als seinen rechtmäßigen Arbeitsverdienst zu betrachten, ist eben eine ihm in Gnaden gewährte Zuwendung, für die er sich dankbar zu erweisen hat."

So äußert sich durch seinen bezahlten "Agitator" eine mächtige Scherzmaschinerie. Der geistige und moralische Defekt, wie er sich in diesen Worten äußert, ist Gemeineigentum der tonangebenden deutschen Ausbeuterklasse.

Die Bierproduktion in allen Kulturstaaten betrug nach der amtlichen Statistik des deutschen Reiches im Jahre

1897/98 im Ganzen 224,4 Millionen Hektoliter. Obenan in der Bierproduktion steht Deutschland mit 61,3 Millionen Hektoliter, dann folgen die Vereinigten Staaten mit Südamerika und Ostindien mit 55,4 Millionen, Großbritannien mit 53 Millionen, Oesterreich-Ungarn mit 20,6 Millionen, Belgien mit 12,4 Millionen Hektoliter, Frankreich mit 8,8, Rußland mit 4,5, Dänemark mit rund 2 Millionen Hektoliter, die Schweiz mit 1 1/2, Niederlande und Schweden mit je 1,4 Millionen Hektoliter. Die größte Bier-Erzeugung mit allein 16,2 Millionen Hektoliter erfolgte in Bayern. Von der 6 Millionen Hektoliter betragenden Bier-Erzeugung der Provinz Brandenburg entfällt fast die Hälfte, nämlich 2,8 Millionen Hektoliter, auf 20 große Berliner Brauereien.

Getrunken wurde das meiste Bier, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, in Bayern. Es entfielen dort durchschnittlich auf jeden Bewohner jährlich 235,8 Liter Bier. Kein anderes Land erreicht diesen "Rekord" auch nur annähernd. Es kamen auf den Kopf der Bevölkerung jährlich in Belgien 169,2 Liter, Großbritannien 145,0, Deutschland 115,8, Dänemark 85,0, Schweiz 55,0, den Vereinigten Staaten 47,0, Oesterreich-Ungarn 44,0, den Niederlanden 40,0, Frankreich 22,4, Norwegen 15,3, Schweden 11,0, Rußland 4,7 Liter. Das wenigste Bier wird in Rußland getrunken. Belanlich lebt aber deshalb in diesem Reich die Bevölkerung nicht am nützlichsten; sehr groß ist dort der Branntweinkonsum. Ueberhaupt ist die geringste Ziffer der auf den Kopf entfallenden Biermenge noch keineswegs für die Mäßigkeit der Bevölkerung eines Landes entscheidend. Welsch ist neben dem Bier noch der Schnaps, wie in Belgien, Großbritannien, Deutschland, den Niederlanden, Dänemark etc., oder der Wein, wie in Frankreich und theilweise auch in Oesterreich-Ungarn, Volksgetränk. Im Jahre 1897/98 entfielen auf jeden Einwohner vom Säugling bis zum Greis in München 566 Liter, Frankfurt a. M. 428, Nürnberg 421, Berlin 206, Breslau 189, Prag 172, Wien 145, Straßburg 136, Budapest 48, Moskau 28, Marseille 11, Paris 11 Liter Bier. In den Städten mit geringer Bierziffer, wie Paris, Marseille, auch Budapest, wird mehr Wein, in Moskau mehr Schnaps getrunken. In Deutschland werden neben den 61 300 000 Hektoliter Bier jährlich noch etwa 32 000 000 Liter Wein und auch rund 230 000 000 Liter Branntwein konsumirt. Im vorigen Jahre betrug der Bierverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung, wie angegeben, in Deutschland 115,8 Liter, von 1872 bis 1899 jedoch, nach der Berechnung des kaiserlichen Statistischen Amtes, nur 89,4 Liter jährlich.

Der Würzburger Gebäckl. Am 28. April i. J. fand in Würzburg eine Gerichtsverhandlung statt, in welcher Gen. Reibig, der Vorsitzende der dortigen Zahlstelle des deutschen Bäckerverbandes, sich gegen die von fünf Bäckermeistern erhobene Klage wegen Beleidigung zu verantworten hatte. Reibig hatte in einem Flugblatte die sanitären Schmeinerien in den Bäckereien Würzburgs geschilbert. Die Verhandlung endete mit dem vollen Freispruch des Angeklagten, da er in der Lage war, noch weit mehr zu beweisen, als dessen er angeklagt war. Aus der langen Kette der bewiesenen Schmeinerien seien einige hervorgehoben: Bei den Bäckermeistern Ulrich und Pfannenmüller wurde das Fuhrmehl mit dem Brotmehl vermischt. Beim Bäckermeister Scharnberger wurden die Bindeln in der Backstube getrocknet; in Williams' Bäckerei wurde der Eimer für Backmehl und zum Aufwaschen der Fußböden verwendet. In einer Reihe von Bäckereien mußten sich die Gehilfen im Backgeschirr waschen; die Frau des Bäckermeisters Stüber nahm in Ermangelung einer anderen Bürste eine für die Reinigung der Backgefäße bestimmte Bürste zum Reinigen des Backtopfes. In der Bäckerei der Scharnberger Bäckerei lief das Abrohrrohr direkt über den Backofen und die Flüssigkeit tropfte in das Mehl. Beim Bäckermeister Ziegler befand sich das Abrohrrohr unmittelbar neben dem Mehlkasten. Das Rohr spritzte zerplatzt und die Flüssigkeit ergoß sich in das Mehl, so daß ein ganzer Brei entstand; man nahm die Haken heraus und verwendete das Mehl lustig weiter. Außerdem wurden aus einer ganzen Reihe von Bäckereien bezüglich der Reinhaltung und Beschaffenheit der Schlafkammern, der Bettwäsche, der Handtücher etc. die haarträubendsten Dinge bewiesen. Dieser Prozeß, der mit einer so eklatanten Niederlage der Bäckermeister endete, erregte in ganz Deutschland Aufsehen und kam auch im Reichstage zur Sprache. Das "Neue Münchener Tagblatt" hat nun das Fazit dieses Prozesses in folgende, im humorvollen Kleide bitteren Spott bergende Pierzeiler gebracht:

Und die Würzburger Glöckli hab'n schönes Geläut, und an Würzburger Gebäckl hat a Jeder a Freud.
Der Bäcker Scharnberger hat Frau und hat Kindel, der wäscht in der Backstüb' die schmutzigen Bindel.
An And'ret segt Reibig, was will er bezwecken? Er häßt aus dem Reibig die Semmeln und Beden.
Beim Dritten ist nur ein Eimer zur Stelle, d'rin wäscht sich mit Seife der muntere Gefelle.
In selbigen Eimer kommt d' Milch dann hinein, die soll für die schmuckhaften Milchbrote sein.
Der Vierte der nimmt eine Bürste zur Hand, damit segt er den Backofen, das macht er charmant;
Die Bürste, die dient auch zu anderem Zwecke, der — gänzlich verschieden vom Zweck der Gebäckl.
Und a Bissel a Mehl und a Bissel a Epreu und a Bissel a Unrath is allweil dabei.
Und die Würzburger Glöckli erfreu'n das Gemüth, und zu Würzburger Gebäckl müßig i guten Ap'etit!

Todtenliste.

Am 19. August ist nach langem und schwerem Leiden unser treuer Kollege und Mitglied Peter Wenz gestorben. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Zahlstelle Oggersheim.

Quittung.

Für die ausgesperrten Frankfurter Brauereiarbeiter ging ein: Aus Nürnberg: Kollegen der Brauerei Dürst (Liste 1203) 10; Brauerei Feltner (Liste 2343) 16 und (Liste 2344) 11,25; Brauerei Lucher (Liste 2347) 8,20 und (Liste 2348) 13,10; aus Göttingen: Kollegen der Städtischen Brauerei (Liste 1851) 15; aus Hanau: Kollegen der Brauerei Beck (Liste 1037) 3; aus Oberfeld: durch Stegmaier 28,90; aus Hamm: Perauktioniten des Küchengeschirrs durch die Kollegen der Brauerei Hammer Markt 8,90; aus Hanau: Kollegen der Brauerei Dröschler 9; Brauerei Beck 1,80; aus Kall bei Köln a. Rh.: Kollegen der Aktien-Brauerei 4,80; aus Freiburg i. Br. 20; aus Gera: durch Badert (Liste 550) 4,30, (Liste 551) 8,75, (Liste 553) 6; aus München: Kollegen der Augustiner-Brauerei 27,40; aus Offenburger (Liste 1225) 8,30; aus Dortmund: Kollegen der Brauerei Kronenburg 16,50, Unionbrauerei 5,50; Stiftsbrauerei Hörde 9; Brauerei Frohning, Schüren 6; Ueberhuf von der Schafkopfgesellschaft Stiftsbrauerei Hörde 9,71; aus Halle durch Bepig 40; von den Kollegen der Aktien-Brauerei Krummerweg bei Bitterfeld 6,50; aus Hamburg (Sektion der Hilfsarbeiter): Kollegen der Hammonia-Brauerei 2,20 und 6,05, Elisabeth 12,70 und 6,80, Löwen 7,50, Marienthal 7,50, Bavaria 3,80, Winterhude 2,90, Bergeborf 10,60; aus Stuttgart: 120,35; aus Hannover: Hilfsarbeiter der Gannoverschen Aktien-Brauerei (verlorene Liste) 13,90; aus Duisburg: Kollegen der Brauerei Bergschlösschen (Liste 1448) 11,30; Schützenburg (Liste 1450) 3; Ruhrort: (Liste 1452) 15,50; aus Hanau: Kollegen der Brauerei Koch 4,30, Brauerei Kaiser 1; S. B. 1, S. R. 1, S. R. 1 Mt.

Für die ausgesperrten Frankfurter und die freikundigen Möbelsticker Stuttgarts ging ein: Brauerei Dintelader 34,25, Brauerei Wulle 24, Brauerei Kettenmaier 24,50, Brauerei Cannstatt 13,35, Brauerei Siegelberg 12,20, Brauerei Livoli 61,40, Brauerei Bietmaier, Wöhlingen 3, Brauerei Wadner 16,40, Brauerei Frank 14,60, Brauerei Bietmaier, Wöhlingen 7, Brauerei Lindenmaier 23,90, Stuttgarter Brauerei-Gesellschaft 16,10 Mt.

Die Hälfte davon ist an die Gewerkschaften Stuttgarts (M. Ludwig) abgeliefert worden und ist in der "Tagwacht" quittirt.

Verbandsnachrichten.

* Fragebogen haben eingelangt: Zahlstelle München, Aktien-Brauerei Kleinlein, Heidelberg. — Wir ersuchen um Beschleunigung weiterer Zusendungen.

* Dortmund. Der Brauer G r e s m a n n, Stiftsbrauerei Hörde, ist von der Zahlstelle Dortmund wegen unwürdigen Betragens gegenüber dem Verbands aus demselben ausgeschlossen worden.

* Wülheim a. Rh. Die Adresse des Vorsitzenden, Kollegen B u r s h, ist Hohlwiederstraße 39, I.

Briefkasten.

Für Inserate haben zu bezahlen: Kollegen der Tucher'schen Brauerei, Nürnberg 1,10, F., Reudietendorf 1,10, Binder, Seibromm 1, Kollegen der Brauerei Rechner, Nürnberg 2,20, M. P. Simandl, Nürnberg 1,20, Zahlstelle Gotha — 80, Friedl, Brauerei Dürst, Nürnberg — 80, Becker, Peine — 70 Mt.

Brauer-Sektion Wern (Schweiz) 40,16 Mt. eingelangt. Zu welchem Zwecke?

A. G., Landau. Es ist besser, wenn Du die beiden Bücher einschickst. Besten Gruß!

Berichtungs-Kalender etc.

Oberfeld. Sonnabend, den 26. August, findet unsere Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Festbahn 26, statt. Die Tagesordnung wird im Lokale bekannt gegeben. Vollzähliger Besuch wird erwartet. — Die Kollegen, welche noch Beiträge zu entrichten haben, mögen dies unverzüglich thun, anderen Falls wir gezwungen sind, § 4 in Anwendung zu bringen.

Frankfurt a. M. Sonntag, den 27. August, im "Grünen Wald", Alleeheilgenstraße 26b: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Beschluß des Vorstandes gegen diejenigen Kollegen, die sich gegen § 5 des Verbandsstatuts vergangen haben; 2. Verschiedenes.

Hildesheim. Sonntag, den 3. September, Nachmittags 2 1/2 Uhr: Öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung mit darauffolgender Mitglieder-Versammlung im Riche'schen Lokale. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Kaiserslautern. Unsere Mitglieder-Versammlung findet jeden ersten Sonntag im Monat statt.

Pöthen. Sonntag, den 27. August, Nachmittags 3 Uhr: Versammlung im "Thüringer Hof".

Inserate.

Um umgehende Angabe der Adresse des Bräuers Johann Bülker aus Dohrenweiler ersucht die Exped. dieser Zeitung.

Um Angabe der Adresse des Bräuers Johann Heller aus Mühlhausen, ca. 25 Jahre alt, wird dringend ersucht.
Richard Wiehle, Hannover, Neuenhäuserstr. 7.

Unlieb verspätet. Die herzlichsten Glückwünsche unserem lieben Kollegen Franz Kaver Schmitzhauser und seiner lieben Frau Anna, geb. Hermann, zu der am 21. August stattgefundenen Hochzeitsfeier.

Die organisirten Brauereiarbeiter der Zahlstelle Gannau.

Unserem werthen Verbandskollegen Johannes Amer und seiner lieben Frau Thekla, geb. Bren, zu der am 22. August stattgefundenen Hochzeitsfeier die besten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Brauerei des Papeis, Genève.

Zur Vermählung unseres treuen Verbandskollegen Josef Brenner mit Frau Emma Wehmann in Schönan bei Leipzig die herzlichsten Glückwünsche.
Die Einzelmitglieder von Leipzig u. Umgebung.

Unserm Freunde und Vorstehenden, dem Kollegen Wilhelm Frank zu seinem am 25. Aug. stattgefundenen Wiedergewinn die herzlichsten Glückwünsche.

Seine Freunde der Arzbergerstraße 19, Oberfeld.

Unserm werthen Verbandskollegen Johann Amer und seiner lieben Frau Thekla, geb. Bren, zu der am 22. August stattgefundenen Hochzeitsfeier die besten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Brauerei, München.

Unserm werthen Verbandskollegen Johannes Amer und seiner lieben Frau Thekla, geb. Bren, zu der am 22. August stattgefundenen Hochzeitsfeier die besten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Brauerei, München.

Brauer- und Mälzer-Mützen.

Stoppfaden stehen franco zu Diensten.
Bei Bestellungen nach außerhalb erbitte Kopfreite in Zentimetern angegeben.
Kleine Klapp-Mütze.
Breite Klapp-Mütze.
Steife Brauer-Mütze.
Strand-Mütze.
Besand erfolgt per Nachnahme, bei 12 Stück franco.
Dresden, Schönerstraße 53. Carl Fiedler, Dresden, Schönerstraße 53.

C. R. Wittber, Fabrikant der allerbesten Chemnitzer Holzschuhe.

Stiefelchen aus bestem Ziegenleder mit elastischen Sohlen, Preis 6 Mt., sowie Pflöschchen u. Mälzer-pantoffeln.

Chemnitz, Mühlstr. 28.

Stuttgart-Berg.

Empfehle den Kollegen Stuttgart und Umgebung meine Wirthschaft.

Für gutes Bier und Wein, sowie kalte u. warme Speisen ist bestens gesorgt.
Mit toll. Gruß
Georg Kübler, Berg, Poststraße 22.

Joh. Dohm, Spezialgeschäft f. Bierbrauer, Kiel, Winterbekerstr. 12.

Empfehle einen Posten gute, wohlhaltige Normalhemden, Stück 2 Mt., gelbe und graue Maccohemden, Stück 2 Mt., gelbe und graue Maccohosien, Stück 1,75 Mt.

Dortmund. Zum Nachweis

lichtiger Brauer, Mälzer u. Käfer bringe meinen Brauer-Bericht in empfehlende Erinnerung.
Hochachtungsvoll
Joh. Heinemann, Neb. Steinbach Nachf., Weisenburgerstr. 42.

Bruxelles.

Meinen Freunden u. Kollegen die ergebene Anzeige, daß ich von Neujahr ab den von meinem Schwiegervater Jean Vandermeulen geführten altbekannten

Brauer-Berkehr

übernommen habe. Mein Bestreben wird es immer sein, meine Gönner und Kollegen in jeder Weise zufrieden zu stellen.

In der Hoffnung, daß meine Kollegen und Schwäger fernershin auch mich unterstützen werden, zeichne

mit kollegialischem Gruß
George Fuchs, vormals:

J. Vandermeulen
6 Boulevard d'Anderslecht (Reunion de Brasseur), Bruxelles.

Drucksachen aller Art

werden schnell und sauber hergestellt in der Buchdruckerei von Dörnke & Löber, Hannover, Burgstraße Nr. 9.